

Im Visier

Das EU-Mercosur-Freihandelsabkommen hat eine geopolitische Dimension

Im Januar 2026 wurde mit dem Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und der lateinamerikanischen Freihandelszone Mercosur endlich vollendet, woran die *Europäische Kommission* 25 Jahre gearbeitet hat. Auch wenn der Schulterchluss der Linken und Rechten im *Europäischen Parlament*, die – aus undurchsichtigen Gründen – das Abkommen knapp zwei Wochen nach Unterzeichnung zur Prüfung an den *Europäischen Gerichtshof* verwiesen, das endgültige Inkrafttreten verzögern wird, wird es dazu kommen. Dieses Abkommen soll über 90 Prozent der Zölle zwischen den 260 Millionen Bürgern der vier Mitglieder des Mercosur Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay und den 450 Millionen EU-Bürgern abbauen. Neben dem Abbau protektionistischer Maßnahmen haben die Partner auch Vereinbarungen im Bereich Nachhaltigkeit getroffen, die über den Außenhandel hinausgehen, die Liberalisierung aber mit humanitären, sozial und umweltpolitischen Entwicklungen verknüpft.

Gerade die deutsche Wirtschaft verspricht sich davon einen Schub, der – wenigstens teilweise – die wegbrechenden Märkte in den USA und China kompensieren hilft. Ob es so kommt, muss sich noch erweisen. Die kolportierten Zahlen – in der EU spricht man von zusätzlichem Außenhandel in Milliardenhöhe – klingen erfreulich, aber es wird Zeit brauchen, da die Zollsenkungen schrittweise vollzogen werden. Aber im Durchschnitt werden die Verbraucher in Europa günstiger einkaufen können, und die Unternehmen haben eine neue Alternative als Beschaffungs- und Absatzmarkt. Ein – von der EU regelmäßig ignoriertes – Problem stellen aber die Nachhaltigkeitsklauseln dar, die von Partnern der EU regelmäßig kritisch gesehen werden, weil sie als ein etwas paternalistischer Versuch gesehen werden, europäische Standards – im vorliegenden Fall – in Lateinamerika einzuführen oder die Ablehnung solcher Standards dort als Vorwand für die Aufrechterhaltung von Barrieren zu nutzen. So wichtig nachhaltiges und menschenrechtskonformes Wirtschaften ist, so schwierig ist es, dieses Verhalten Partnern vorschreiben zu wollen. Hier kann man der EU nur anraten, zurückhaltend zu sein und darauf zu setzen, dass steigender Wohlstand und das europäische Vorbild einen

Beitrag zur Erhöhung der Nachhaltigkeit in Ländern mit weniger Wohlstand liefern. So war es ja auch in Europa. Davon abgesehen ist das Abkommen ein gutes Signal vor dem Hintergrund der jüngsten geopolitischen Entwicklungen:

- China hat seine Präsenz in Lateinamerika in den letzten Jahren deutlich erhöht und verdrängt die USA und die EU in vielen Ländern als zentrale Partner. Gleichwohl zeigen Umfragen, dass das Image der EU in Lateinamerika weiterhin sehr gut ist – mit dem Abkommen besteht die Chance für EU-Akteure, selber wieder präsenter zu werden.
- Die USA hat mit ihrer aggressiven Kanonenboot-Politik die Regellosigkeit zur neuen Regel erklärt und sowohl in Lateinamerika als auch in der EU viel Unruhe erzeugt. Da ist es richtig, mit einem Abkommen Regeln zu setzen und das System des Welthandels zu stärken.
- Europa zeigt damit Handlungs- und Paktfähigkeit.
- Schließlich bietet Lateinamerika ein reiches Arsenal an kritischen Rohstoffen, die für die Herausforderungen in Europa, namentlich die demographische Entwicklung, die Digitalisierung und die Transformation zur klimafreundlichen Wirtschaft entscheidend sind und die zur Zeit fast ausschließlich von chinesischen Unternehmen angeboten werden. Zugang zu diesen Rohstoffen zu verbessern, ist eine kluge Idee.
- Es ist auch klug, dass die *Europäische Kommission* das Abkommen zweigeteilt hat: Der Handelsteil muss nicht von den Mitgliedern ratifiziert werden. Diese Pflicht gilt für den regulativen (im Fachjargon: WTO+)-Teil. Es kann also mit der Liberalisierung des transatlantischen Handels gen Süden schnell losgehen.

Die Vereinbarung mit Mercosur sollte aber nicht das Ende der Bemühungen sein. Die EU verhandelt außerdem weitere Abkommen mit Indien und Australien. Gerade letzteres ist wichtig, weil es auch ein Signal in den pazifischen Raum sendet, sollte es endlich dazu kommen. Auch hier blockieren die Interessen der Landwirtschaft und speziell der Rinderzüchter den Abschluss. Es kann nicht sein, dass eine verschwindende Minderheit 450 Millionen Europäer in Geiselschaft nimmt. Der Mercosur-Deal ist ein Zeichen dafür, dass sich die Mehrheit das nicht länger gefallen lassen will. Auch deshalb sollte die *Kommission* das *Europäische Parlament* überstimmen und das Abkommen vorläufig in Kraft treten lassen.

Prof. Dr. Andreas Freytag, Jena